

Schweiz

Alle für einen. Der Gesamtbundesrat empfängt den chinesischen Präsidenten Xi Jinping. **Seite 4**

International

Keine Lösung in Nahost. In Paris tagt eine internationale Nahostkonferenz. Ohne Erfolg. **Seite 6**

Basel

Widerspruch. Es gibt keinen Geheimplan, sagen Chefs von Unispital Basel und Kantonsspital Baselland. **Seite 15**

Ansteckend. In Basel stecken sich schweizweit am meisten Menschen mit Syphilis an. **Seite 16**

Kultur

Freddie Mercury. In «One Night Of Queen» lässt der Schotte Gary Mullen den Sänger auferstehen. **Seite 8**

Sport

Jetzt gilt's ernst. Das Australian Open beginnt – und Roger Federer greift heute Morgen zum Racket. **Seite 27**

Bildung



Firma führen. Mit dem Projekt Campus Unternehmertum will der Gewerbeverband die Spitzenförderung bei der Berufsbildung verankern. **Seite 20**

Wetter

Region. Leute, zieht euch warm an, die Temperaturen fallen nachts bis auf Minus zehn Grad. **Seite 24**



Sound aus eigenem Boden

Manu Hartmann gibt dem hiesigen Blues eine Stimme

Laufen/Liestal. Sie gilt als die Bluesstimme schlechthin der Region Nordwestschweiz. Manu Hartmann, 43-jährig, stammt aus dem Oberbaselbiet und lebt in Laufen. Musik begleitet sie seit ihrer frühesten Kindheit und zum Blues hat sie schon in ihrer Jugend gefunden. Oder wie sie selbst im BaZ-Porträt sagt: «Er hat mich gefunden.» Manu Hartmann lehnt Startum ebenso ab wie die Fixierung auf die reine Lehre einer Stilrichtung. Die Grenzgängerin zwischen Blues, Jazz, Soul und Funk sagt denn auch von sich: «Ich habe keine Berührungsängste.» Gu **Seite 18**



Manu Hartmann.

Belgische Premiere beim Grossen Preis von Basel



Niels Bruynseels siegt. Grosse Namen kamen auch in diesem Jahr viele, um am CSI Basel um sportliche Ehren und gut dotierte Siegerchecks zu reiten. Beim wichtigsten Concours wusste allerdings keiner von ihnen zu reüssieren, sondern flog ein Duo allen davon, das der breiten Masse kein Begriff ist: Niels Bruynseels und seine Stute Gancia de Muze gewannen den Grossen Preis von Basel nach einem zweiten Umgang, in dem sie die verbliebenen Konkurrenten klar hinter sich liessen – und sorgten so für den ersten belgischen Sieg. olg Foto Keystone **Seite 28**

Auf der Suche nach dem Täter

Warum Kriminalromane uns immer wieder fesseln

Basel. Mord und Totschlag gab es schon in der Bibel und die Suche nach dem Täter schon in alten Legenden und Sagen. Die literarische Form des Krimis im heutigen Sinn allerdings geht auf den Amerikaner Edgar Allan Poe und den Briten Sir Arthur Conan Doyle zurück. Sie haben mit ihren Geschichten die Grundlage dafür gelegt, was nachher kam: Die Blüte des klassischen Landhauskrimis in der Zwischenkriegszeit zum Beispiel, als Agatha Christie, Dorothy Sayers, Margery Allingham und Ngaio Marsh aktiv waren. In den USA nahm der Krimi eine andere Entwicklung als in Europa. Er war härter, realistischer und vor allem urbaner. In einer kleinen Geschichte des Krimis spannen wir den Bogen von Sherlock Holmes bis Peter Hunkeler. Eine Übersicht ohne Anspruch auf Vollständigkeit. mw **Seite 2**

WEF regt ein neues Modell an

Als breitere Grundlage für künftiges Wachstum

Davos. Das morgen startende Weltwirtschaftsforum (WEF) regt ein neues Modell für Wirtschaftswachstum an, um den Herausforderungen durch technologischen Wandel und Globalisierung zu begegnen. Wachstum und Abbau der Ungleichheit müssten Hand in Hand gehen. Nötig sei eine alternative Messmethode für nationale Wirtschaftsleistungen. Anstelle des Bruttoinlandsprodukts soll der Inclusive Development Index (IDI) beigezogen werden. Politische Entscheidungsträger sollten den nachhaltigen Fortschritt bezüglich Lebensstandard berücksichtigen, ebenso ein Konzept, das Einkommen und wirtschaftliche Möglichkeiten vereine, Sicherheit sowie Lebensqualität. Das IDI-Ranking sieht Norwegen an der Spitze vor Luxemburg und der Schweiz. SDA **Seite 7**

Die SP verliert in Bern

Der Grüne Alec von Graffenried ist als neuer Stadtpräsident gewählt

Bern. Die Stimmung wird nicht gut sein, heute Abend im Hotel Bern. Die Stadtberner SP trifft sich, um ihren langjährigen Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät zu verabschieden. Es sollte ein fröhlicher Abend werden, doch nun wird es ein wehmütiger Abschied vom Erlacherhof.

Denn im Stadtpalais an der Junkerngasse sitzt ab sofort kein SP-Mitglied mehr, sondern Alec von Graffenried von der Grünen Freien Liste, einer kleinen Lokalgruppe innerhalb der Grünen Partei.

Der 54-Jährige setzte sich am Sonntag in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratin Ursula Wyss durch – und zwar deutlich. In allen sechs Zählkreisen lag der Sprössling einer Patrizierfamilie vor Wyss, fast 58 Prozent der Bernerinnen und Berner stimmten für ihn.

Für die erfolgsverwöhnte SP, die stärkste Partei der Bundesstadt, ist das eine bittere Pille. Seit 1958 stellte sie fast immer den Stadtpräsidenten, nur in

den 1980er-Jahren gab es einen Unterbruch. Nun muss sich die SP mit der unangenehmen Frage befassen, wie sie diese Wahl verlieren konnte.

Vielleicht nahm das Verhängnis schon am 13. Februar 2012 seinen Lauf. Auch damals sassen die Genossen im Hotel Bern, sie nominierten die langjährige Nationalrätin Ursula Wyss für die Gemeinderatswahlen. Alles lief wie geplant, und Stapi Tschäppät verkündete an jenem Abend frohgemut, dass er Anfang 2017 die Schlüssel an Wyss weitergeben werde. Dass sich die SP offenbar vorgestellt hatte, das Stadtpräsidium in einer Art parteiinterner Erbfolge weiterzureichen, kam nicht überall gut an.

Jetzt wird also Alec von Graffenried heute Montag um 11.30 Uhr die Schlüssel zum Berner Erlacherhof entgegennehmen. Erstmals seit 1937 ist wieder ein Mitglied der vermögenden und einflussreichen Bürgergemeinde Stadtpräsident. SDA **Seite 3**

Eymann rügt Gschwind

Zwist bei den Bildungsdirektoren

Basel/Liestal. Die Baselbieter FDP hat mit ihren Postulaten zu den Sparmassnahmen bei der Uni Basel für einigen Unmut bei den Basler Parteien gesorgt. Besonders die LDP und SP riefen gegen die geplanten Sparmassnahmen der Freisinnigen aus. Doch auch der scheidende Basler Bildungsdirektor Christoph Eymann (LDP) ist brüskiert. Nicht primär wegen den Postulaten der FDP BL, sondern wegen des Verhaltens

seiner Amtskollegin Monica Gschwind (FDP). Diese habe Eymann im Rahmen ihrer Zusammenarbeit beim Uni-Deal nicht über die Pläne ihrer Mutterpartei informiert. Was Eymann von ihr erwartet hätte.

Gschwind rechtfertigt sich und gerät in die Defensive. Die Baselbieter Bildungsdirektorin sagt gegenüber der BaZ, dass sie den Universitätsrat in Kenntnis gesetzt habe. sa **Seite 15**

Die WM kommt für viele zu früh

Ski: St. Moritz ist nah – und die Schweizer suchen ihre Form

Wengen. Die Schweizer Skifahrer können nichts dafür, dass sie sich am Samstag in Wengen nicht in der Abfahrt beweisen konnten. Und sie müssen sich auch nicht dafür entschuldigen, dass am Vortag der zuvor gänzlich unbekannte Unterländer Niels Hintermann dank Wetterkapriolen die Kombination gewann. Aber genau so mag nichts davon den Eindruck verwischen, die Swiss-Ski-Männer seien in diesem Winter schwach unterwegs – und das drei Wochen, bevor in St. Moritz die Heim-Weltmeisterschaften stattfinden.

Traditionell chancenlos blieben sie gestern im Slalom: Ramon Zenhäusern wurde als bester Schweizer 16., neben ihm klassierte sich Daniel Yule im 22. Rang. Geht es um Schweizer WM-Medaillenhoffnungen, muss man diese im Frauen-Team suchen. olg **Seite 28**

ANZEIGE



Glückliches Arabien?
Mythos und Realität im Reich der Königin von Saba
18. Januar 2017
– 2. Juli 2017
Antikmuseum Basel und Sammlung Ludwig

ANZEIGE

RENAULT TAGE:
19.–21. Januar.

Erleben Sie den **Neuen Renault Scenic** und entdecken Sie unsere attraktiven Angebote. Mehr Infos im beiliegenden Renault Magazin und auf renault-tage.ch



RENAULT
Passion for life

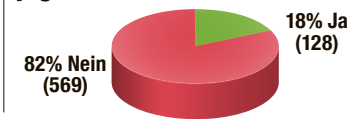
Frage des Tages

Hätte Monica Gschwind über die FDP-Pläne informieren müssen?

Monica Gschwind wusste von der Uni-Studie ihrer Partei. Hätte sie Christoph Eymann warnen müssen? www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von Samstag:

Haben Sie für die Maulwurfjagd der BVB Verständnis?



Replik zum Artikel «Die geheime Spital-Agenda des Thomas Weber»

Die transparente Agenda der Spitalgruppe-Partner

Von Jürg Aebi und Werner Kübler

Mit dem Entscheid zur Zusammenführung des Kantonsspitals Baselland und des Universitätsspitals Basel in eine gemeinsame Spitalgruppe haben die beiden Kantone einen visionären neuen Weg in der regionalen Gesundheitspolitik beschritten. Bei der Vielzahl an betroffenen Interessengruppen versteht es sich von selbst, dass diesem Projekt eine hohe Aufmerksamkeit zukommt. Es ist auch nicht weiter verwunderlich und legitim, dass je nach Informationsstand und Interessenlage unterschiedliche Schlüsse gezogen werden. Wenn die journalistische Freiheit die Grenze zwischen tatsachenbasierter Berichterstattung und der Unwahrheit überschreitet, scheint eine Reaktion doch angebracht.

Die angeblich aggressive heimliche Agenda des Kantonsspitals Baselland folgt den von den Partnern erarbeiteten Inhalten des seit September 2016

öffentlich zugänglichen Grundlagenberichts der Spitalgruppe (S. 36, Notfall- und wohnortsnahe Grundversorgung der Spitalgruppe): «Permanenzen an weiteren Standorten vorgesehen». Das Kantonsspital Baselland prüft, sich im geplanten neuen Bahnhofsgebäude in Liestal einzumieten, und folgt damit dem allgemeinen Trend einer gesteigerten Nachfrage nach ambulanten Leistungen. Schweizweit haben bereits mehrere Spitäler auf diese Entwicklung

Das Vorhaben passt zum Zielbild der gemeinsamen Patientenversorgung.

reagiert und Gesundheitszentren oder Notfallpraxen in der unmittelbaren Nähe der Patientenströme aufgebaut.

Das Universitätsspital hat eine entsprechende Anfrage eines Projektentwicklers im Sommer 2016 abgesagt mit dem Hinweis, dass im Hinblick auf die Spitalgruppe für ein solches Projekt das Kantonsspital Baselland zwingend den Lead haben muss.

Mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung mit den SBB startet das Kantonsspital Baselland ein mehrjähriges Entwicklungsprojekt, das selbstverständlich Teil der Planung der gemeinsamen Spitalgruppe ist. Geplant



Nahe beim Patientenstrom. Im SBB-Neubau in Liestal plant das Kantonsspital Notfallpraxen.

ist eine Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten, Therapeuten und Partnern (Ärztegesellschaft BL), weshalb auch nicht von einer Mengenausweitung gesprochen werden kann. Für ein Spital bietet sich mit Permanenz zudem die Gelegenheit, die Notfall-

stationen von nicht lebensbedrohlich gefährdeten Patientinnen und Patienten frei zu halten. Die konkrete Ausgestaltung ist noch völlig offen. Eine Umsetzung ist erst in den Jahren 2023/2025 vorgesehen, die Planung startet im 2017.

Das Vorhaben passt zum Zielbild der gemeinsamen Patientenversorgung.

Jürg Aebi, CEO Kantonsspital Baselland, Werner Kübler, Direktor Universitätsspital Basel.



Jürg Aebi.



Werner Kübler.

Eklat bei den Bildungsdirektoren

Gschwind teilte Eymann nichts von den geplanten FDP-Postulaten mit – dieser ist verärgert

Von Serkan Abrecht

Basel/Liestal. Als die FDP Baselland letzte Woche eine Studie und sieben Postulate zu möglichen Sparmassnahmen bei der Uni Basel publizierte, riefen Basler Politiker von links bis rechts aus. Die von der FDP BL geforderten 120 Millionen Franken, die die Uni einsparen soll, wären für diese ein «Todesstoss», lautete der Tenor. Von der SP bis hin zu den bürgerlichen Parteien befürchtet man eine «Provinzialisierung» der Uni.

Besonders vor den Kopf gestossen ist der scheidende Bildungsdirektor Christoph Eymann (LDP). Nicht primär wegen des Vorstosses, sondern aufgrund des Verhaltens seiner Baselbieter Kollegin Monica Gschwind (FDP). Er wirft ihr vor, schon im Voraus von den geplanten Postulaten ihrer Partei gewusst und ihm dieses Wissen vorenthalten zu haben. Gschwind ist zwar nicht dazu verpflichtet, ihren Amtskollegen im Nachbarkanton zu informieren. Es zeuge jedoch von Respekt vor der gemeinsamen Zusammenarbeit bei einem bikantonalen Projekt wie dem Uni-Deal, dass man sich gegenseitig über Aktualitäten beim Projekt auf dem Laufenden halte, sagt Eymann. «Mein Verständnis von Vertrauen und Zusammenarbeit, setzt eigentlich voraus, dass man einander über solche Dinge informiert», monierte er auf *Telebasel*. Möglich wäre es gewesen. Denn Gschwind wusste Bescheid. FDP-Fraktionspräsident Rolf Richterich bestätigte gegenüber der BaZ, dass die Fraktion ihre Bildungsdirektorin eingeweiht habe.

Gschwind in der Defensive

Auf Nachfrage räumt auch Monica Gschwind ein, dass sie bereits seit Anfang Herbst über die Studie und die geplanten Postulate Bescheid wusste. Die Baselbieter Bildungsdirektorin sagt gegenüber der BaZ jedoch, dass sie den Universitätsrat in Kenntnis gesetzt habe.

Das sieht Eymann anders: «Kollegin Gschwind hat im Unirat auf den politischen Druck aus dem Landrat, Einsparungen vorzunehmen hingewiesen. Sie hat aber nicht über Pläne der FDP, eine Studie zur Senkung der Kosten in Auftrag zu geben, informiert», sagt Eymann. Das stehe auch in keinem Pro-

tokoll. Auch ausserhalb der Universitätsrats-Sitzungen habe sie Eymann nicht orientiert. Die Frage, weshalb sie dies unterlassen habe, liess Gschwind unbeantwortet. Und hält fest, dass es sowohl Parteien als auch Landratsmitgliedern grundsätzlich freistehe, Studien in Auftrag zu geben und aus den Erkenntnissen gegebenenfalls Vorstösse abzuleiten. Zwischen Eymann und Gschwind steht es Aussage gegen Aussage. Sicher ist jedoch, dass Gschwind und ihre FDP in Basel die Linken sowie die bürgerlichen Parteien gegen sich aufgebracht haben.

«Beim Uni-Deal geht es zuerst einmal um eine gute Zusammenarbeit der Trägerkantone. Da ist von der Bildungsdirektorin zu erwarten, dass sie ihren Amtskollegen über bevorstehende politische Vorstösse informiert», sagt LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein. «Das Ganze war ein politischer Coup der Baselbieter Freisinnigen. Und dies zu einer Unzeit.» Denn nicht nur die FDP ist aktiv geworden, auch die Universität hat offenbar ihre Hausaufgaben gemacht. Wie Recherchen der BaZ ergaben, hat die Hochschule den Regierungsräten der beiden Halbkantone einen 55-seitigen Ratschlag zur

Finanzierung für die Periode 2018–2021 eingereicht. Darin zeigt sie Sparoptionen für die genannte Zeitspanne auf. Gschwind sowie Eymann bestätigten den Eingang des Ratschlags. Er bleibe aber noch unter Verschluss.

Studie widerspricht Postulaten

Die FDP-Postulate beziehen sich zudem zum Teil gar nicht auf ihre eigene Studie – sie widersprechen dieser sogar. So fordern die Baselbieter Freisinnigen Einsparungen von bis zu 120 Millionen Franken, während die Studie nur von maximal 70 Millionen Franken Sparpotenzial spricht. Auch bei der Drittmittelfinanzierung widersprechen sich Postulate und Studie. Die FDP BL sieht für die Uni die Möglichkeit 30 Millionen durch Drittmittel einkasieren zu können. Dafür müsse die Hochschule jedoch 50 Millionen Franken mehr in die Forschung investieren. Doch dort will die FDP BL wiederum 40 Millionen einsparen.

«Die Postulate im Zusammenhang mit der hauseigenen Studie machen keinen Sinn», so von Falkenstein. Offen bleibt zudem, weshalb die FDP Baselland die Postulate ein halbes Jahr zurückhielt. Fraktionspräsident Rolf

Richterich bestätigte der BaZ, dass sie die Studie bereits Ende Sommer 2016 vorliegen hatten. Gegenüber der *Schweiz am Sonntag* macht Richterich die straffe Agenda der Partei für die Verspätung verantwortlich. Zuerst seien die Sommerferien gewesen und dann die Baselbieter Energieabstimmung. Als man sich dann mit der Uni-Studie auseinandersetzte, sei bereits Weihnachten vor der Tür gestanden. «Die Arbeit der FDP BL wirkt sehr dilettantisch», kommentiert von Falkenstein die Aussage von Richterich.

Auch bei der Basler SP ist man ungehalten. Nicht über den Eklat Eymann-Gschwind, sondern über die Vorstösse der Freisinnigen. Brigitte Hollinger, die scheidende SP-Präsidentin Basel-Stadt, lassen die Streitigkeiten zwischen Eymann und Gschwind kalt. «Wie die FDP Baselland intern kommuniziert und politisiert, interessiert mich nicht», sagt Hollinger. «Was mich aber empört sind die 60 Millionen Franken – mit Basel zusammen 120 Millionen Franken – die die Baselbieter Freisinnigen bei der Uni einsparen möchten. Ob Gschwind nun Eymann informierte oder nicht, ist für mich nicht relevant. Jedoch sind die vorgeschlagenen Kürzungen für die Uni und die Region verheerend.»

Die hiesige FDP äussert sich als Einzige hierermassen reserviert zum Vorgehen ihrer Kollegen aus dem Baselbiet. «Ich finde es richtig, dass die Postulate eine Debatte lancierten. Falsch finde ich jedoch, dass die Baselbieter Freisinnigen mit ihre Studien wieder auf den Status quo vor dem gemeinsamen Uni-Vertrag von 2007 abzielen», sagt FDP-Grossrat Christophe Haller.

Letztlich muss der designierte Bildungsdirektor Conradin Cramer (LDP) die festgefahrene Situation in der Uni-Debatte lösen und der Legislative einen Vorschlag zu den möglichen Sparmassnahmen bei der Uni präsentieren. Christoph Eymann tritt am 8. Februar das Amt an seinen Parteikollegen ab. Dass Gschwinds Verhalten ihren Amtskollegen brüskiert, will Cramer nicht kommentieren. Er werde sein Amt unvoreingenommen antreten und sich darauf konzentrieren, eine umsetzbare Lösung für alle Parteien präsentieren zu können.

Muslime wollen Privatschulen

Urteil belebt alte Forderungen

Von Nina Jecker

Basel. Auch Mädchen aus streng muslimischen Familien müssen am schulischen Schwimmunterricht teilnehmen. Dieses letzte Woche publizierte Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betrifft einen Fall aus Basel. Ein muslimischer Vater wehrte sich bis zur letzten Instanz gegen die Bussen, die ihm das Erziehungsdepartement Basel-Stadt für das Fernbleiben seiner Töchter vom Schwimmunterricht auferlegt hatte.

Der Entscheid aus Strassburg lässt nun die Diskussion um Privatschulen für Muslime wieder erwachen. Denn auch Kinder aus streng religiösen jüdischen Familien dürften nicht am geschlechtergemischten Schwimmunterricht teilnehmen. Da die jüdische Gemeinde jedoch eigene Schulen unterhält, stellt dies kein Problem dar. Serhad Karatekin ist Medienverantwortlicher der Basler Muslim Kommission. «Wir wissen, dass sich einzelne Vereine zum Ziel gesetzt haben, eine muslimische Privatschule zu gründen», sagt er gegenüber der *Schweiz am Sonntag*. Weil es in Basel schwierig sei, eine geeignete Liegenschaft zu finden, die den gesetzlichen Anforderungen entspricht, gebe es jedoch kein Projekt, das kurz vor der Eröffnung stehe. Die Muslim Kommission würde laut Karatekin ein entsprechendes Vorhaben unterstützen.

Nicht wider die Volksschulziele

Beim Basler Erziehungsdepartement lehnt man eine muslimische Privatschule nicht grundsätzlich ab. Sie müsste sich aber an den Grundsätzen der Volksschule orientieren, wie Departementssprecher Simon Thiriet im Artikel zitiert wird. Das heisst, dass Privatschulen zwar eigene Schwerpunkte setzen dürfen, auch religiöser und weltanschaulicher Art, wie es beispielsweise die jüdischen Privatschulen tun. Diese Einflüsse dürfen jedoch den Zielen der Volksschule nicht grundlegend zuwiderlaufen. Das sind Vorgaben, die die Initianten bisheriger Projekte einer muslimischen Privatschule mit ihren teilweise radikalen Ideen bislang nicht erfüllen konnten.



Dicke Luft. Monica Gschwind wusste über die Pläne der FDP zur Uni Basel Bescheid und entschied, Christoph Eymann nicht einzuweihen.

